

18. Juni 2009

Pressemitteilung von Martina Bunge

Apotheken statt Pakete

„Wir brauchen eine patientennahe, sichere und rasche Arzneimittelversorgung auf lange Sicht. Die Politik ist in der Pflicht, die Rahmenbedingungen hierfür zu schaffen. Apotheken können weder durch Drogeriemärkte noch durch Arzneiverschickungen ersetzt werden.“, erklärt Martina Bunge, Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Gesundheitsausschusses zum diesjährigen „Tag der Apotheke“. „Ich bedauere sehr, dass unser Antrag zur Beschränkung des Versandhandels auf rezeptfreie Arzneimittel diese Woche im Ausschuss für Gesundheit abgelehnt wurde. Pickup-Stellen und Versandhandel tragen nichts zu einer Verbesserung der Gesundheitsversorgung bei.“ Bunge weiter:

„Die Funktion der Apotheken hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Immer weniger Rezepturen werden vor Ort hergestellt. Wer aber glaubt, dass am Ende dieser Entwicklung der Medikamentensupermarkt oder ein Medikamentenebay stehen sollte, verkennt die Bedeutung von Beratung und Verschreibungskontrolle in der Arzneimitteltherapie. Die Arzneien werden immer komplizierter und spezialisierter. Immer mehr Menschen nehmen mehrere Arzneien ein. Die Wechselwirkungen und Einnahmemodalitäten müssen zum Gelingen einer guten Behandlung beachtet werden. Die Rolle der Apotheken muss daher in der guten, umfassenden und persönlichen Beratung der Patientinnen und Patienten vor Ort liegen. Sie müssen als Teil der Gesundheitsversorgung einen Beitrag zur besseren Arzneimittelqualität, Arzneiverschreibung und Therapietreue der Patientinnen und Patienten leisten.

Der diesjährige Tag der Apotheken steht unter dem Motto „Von klein auf in besten Händen“. Gerade bei Kindern treten viele Erkrankungen akut auf. Keine Mutter und kein Vater wird das Kind die Nacht, das Wochenende oder einige Tage ohne Arznei belassen wollen, nur weil der Versandhandel ein paar Tage braucht und der Drogeriemarkt nur Wochentags bis 20 Uhr auf hat. Es ist daher gut, in einer solchen Situation eine Apotheke in der Nähe zu wissen, auf deren Beratung Verlass ist. Dann muss die Politik aber auch alles tun, um die Apotheken vor Ort zu stärken und sie nicht durch den Versandhandel in ihrer Existenz gefährden.“